



CGFP

fonction publique

numéro 7, septembre 2013

paraît 4 fois par an

2^{ème} année

compact

Werte Leserinnen und Leser,

Eigentlich sollten Sie jetzt eine „fonction publique“ im Zeitungsformat in den Händen halten. Die erste „compact“-Ausgabe nach den Sommerferien war in der Tat erst für Ende Oktober geplant. Doch wie Sie sehen, haben die jüngsten politischen Entwicklungen im Lande selbst Auswirkungen auf die Erscheinungstermine der CGFP-Veröffentlichungen.

Als aufmerksamer und langjähriger Leser von „fonction publique“ erinnern Sie sich bestimmt: Jedes Mal vor den Parlamentswahlen hat die CGFP die politischen Parteien mit einem Fragenkatalog konfrontiert und sie dazu aufgefordert, zu den unterschiedlichsten gesellschaftspolitischen Themen Stellung zu beziehen. Die Antworten auf die CGFP-Wahlprüfsteine wurden dann in der letzten „fonction publique“-Ausgabe vor der Wahl eins zu eins, d.h. unverblümt und unumwunden veröffentlicht. Schließlich konnten sich unsere Mitglieder und Leser auf diese Weise ein deutliches Bild machen, wie die einzelnen Parteien zu den unterschiedlichen Themen standen, und ihre Stimme in voller Sachkenntnis abgeben.

Auch bei einer vorgezogenen Wahl soll das nicht anders sein: Nach bewährter Tradition erhielten die politischen Gruppierungen Ende August einen mehrseitigen Fragebogen mit der Bitte, bis zum 20. September Stellung zu beziehen.

Zu den angesprochenen Themenfeldern gehören Bereiche wie Soziales und Steuerpolitik, Wirtschaft und Arbeitsmarkt, Wohnungs- und Bildungspolitik sowie – selbstredend – die direkt den öffentlichen Dienst und Sie als öffentlich Bediensteter betreffenden Fragen rund um das geplante Reformvorhaben und das parallel zum Reformpaket von der CGFP erzielte Besoldungsabkommen.

Auf die Antworten jedenfalls darf man bereits jetzt gespannt sein. Als ideologisch neutrale und politisch unabhängige Gewerkschaftsorganisation wird sich die CGFP auch diesmal hüten, die Aussagen auch nur ansatzweise zu kommentieren, sondern sie wird sie – wie bei den vorangegangenen Wahlen auch – selbst grafisch in der nun um den 10. Oktober erscheinenden „fonction publique“ in aller Sachlichkeit darstellen.

Auch wenn die CGFP demzufolge keine Wahlempfehlung geben will, möchte Sie dennoch an ihre Mitglieder appellieren, sich die Stellungen der Parteien genau zu Gemüte zu führen. Denn nur dann wird man in der Lage sein, sich in voller Sachkenntnis eine eigene Meinung zu bilden – auch wenn man dabei schon mal gewohnte Pfade verlassen muss.

**Steve Heiliger,
Chefredakteur**

steve.heiliger@cgfp.lu

Klartext reden

Die Parteien sollen Klartext reden. Und zwar noch vor der Wahl. Deswegen hat die CGFP den politischen Gruppierungen diesmal nicht nur den gewöhnlichen Fragebogen zugeschickt, damit sie ihre Positionen ausführlich darlegen können. Nein, darüber hinaus wurden zehn Fragen präzise formuliert, um zum besseren Verständnis der respektiven politischen Haltungen beizutragen.

Aus diesem Fragenteil geht deutlich hervor, dass das partikulare Statut der öffentlichen Bediensteten für die CGFP Grundvoraussetzung ist für das geordnete Funktionieren der staatlichen Institutionen und als solches grundsätzlich erhalten werden muss. Unmissverständlich hervor geht daraus ebenso, dass Verhandlungen wie z.B. über die Besoldungspolitik nur mit der einzigen national repräsentativen Gewerkschaft für den öffentlichen Dienst geführt werden müssen.

Dass der Zugang zum öffentlichen Dienst strikt und konsequent nach den gesetzlich festgelegten, sachlichen, gerechten, die Chancengleichheit währenden Ausschreibe- und Ausleseverfahren zu gewährleisten ist, bleibt für die CGFP eine Selbstverständlichkeit. Auch wirft die CGFP die Frage auf, inwieweit die Parteien entsprechend dem 2007 mit der Regierung ausgehandelten Besoldungsabkommen bestrebt sind, dem Wildwuchs im Bereich der öffentlichen Einrichtungen Einhalt zu gebieten.

In Bezug auf die Renten und Pensionen wird aus dem Fragebogen ersichtlich, dass das sogenannte „Ajustement“, d.h. die Anpassung dieser Bezüge an die allgemeine Entwicklung des Lohnniveaus, künftig wieder im gewohnten Zwei-Jahres-Rhythmus zu Gunsten der Ruheständler zu erfolgen hat. Den „gedeckelten Index“, der den Erhalt der Kaufkraft sowie den sozialen Frieden und die globale Gehälterstruktur in Frage stellt, wertet die CGFP indes als „alles andere als sozial“.

Des Weiteren spricht sich die CGFP in ihrem Fragenkatalog deutlich für die Wiedereinführung einer Regelung zur Anpassung der Steuertabelle an die Inflation aus. Ebenso deutlich wehrt sich die CGFP gegen Verschlechterungen der staatlichen Krankenkassenleistungen. Und das nationale Wahlrecht sollte der CGFP zufolge exklusiv den Staatsangehörigen vorbehalten bleiben, umso mehr Möglichkeiten geschaffen wurden, um die luxemburgische Nationalität zu erwerben.

Inwiefern die verschiedenen Parteien diesen Überlegungen zustimmen, werden unsere Leser spätestens um den 10. Oktober erfahren. Dann nämlich erscheint, wie in unserem Grußwort angekündigt, die nächste Ausgabe von „fonction publique“ mit den Antworten auf die CGFP-Prüfsteine. Und spätestens dann werden wir auch wissen, wem wir unser Vertrauen für die kommenden fünf Jahre schenken können.

s.h.

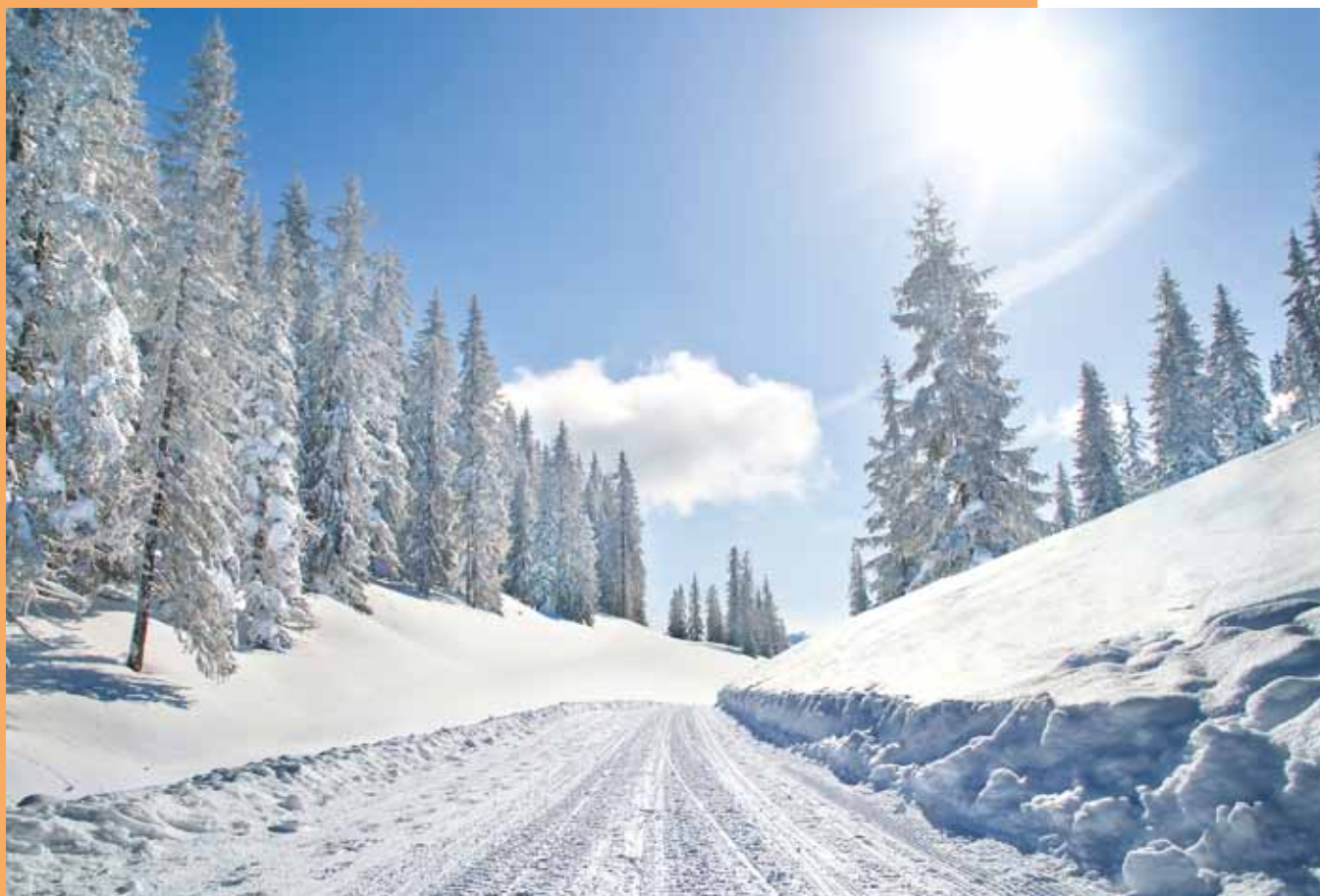
PERIODIQUE



LUXEMBOURG

Envois non distribuables à retourner à:
L-3290 BETTEMBOURG

Port payé
PS/700



L'évasion est proche

LUX VOYAGES CGFP, une agence de voyage complète à votre service:

Pour vos déplacements de service ou privés à l'étranger

Voyages organisés

Billets d'avion, de train et de bateau

Réservations d'hôtels et d'appartements dans le monde entier

Tarif spécial pour membres CGFP

**OUVERT
LE SAMEDI MATIN**



LUX VOYAGES

25A, boulevard Royal (Forum Royal) • L-2449 Luxembourg
Tél. 47 00 47 • Fax 24 15 24 • e-mail: luxvoyages@cgfp.lu
Ouvert du lundi au vendredi de 8 à 18 h et le samedi de 9 à 13 h

„Gedeckelter Index“: Anfang vom Ende des bewährten Systems

In Anbetracht der turbulenten Entwicklungen auf politischer Ebene der letzten Monate und der bevorstehenden vorgezogenen Wahlen im Oktober dieses Jahres ist, trotz großer Probleme, insbesondere in den Bereichen hoher Arbeitslosigkeit und unbezahlbarer Wohnpreise, die Diskussion über den sogenannten „gedeckelten Index“ neu entbrannt. Alles deutet darauf hin, dass es unserem altbewährten, in langen Jahren von unseren gewerkschaftlichen Vorgängern zunächst für den öffentlichen Dienst erkämpften, später dann auf alle Sektoren ausgedehnten Indexsystem nun endgültig an den Kragen gehen soll.

Obwohl schon mehrfach geschrieben, möchte ich nochmals auf die Entstehungsgeschichte des Index eingehen:

Die Geburtsstunde des Index geht auf das Jahr 1921 zurück. Zu jenem Zeitpunkt, genauer gesagt durch Gesetz vom 9. August 1921, wurde der Index nämlich offiziell zu allererst bei der Eisenbahn und im öffentlichen Dienst eingeführt, um im weiteren Verlauf des 20. Jahrhunderts stufenweise auch auf die Privatwirtschaft übertragen zu werden.

1948 ging dann als erstes Schlüsseljahr in die Indexgeschichte ein, wurde in dem Jahr der sogenannte „indice au coût de la vie“ doch definitiv festgesetzt. Anderthalb Jahrzehnte später wurden 1963, im Zuge der bis zum heutigen Zeitpunkt letzten großen allgemeinen Gehälterreform im öffentlichen Dienst, die bis zu dem Moment bestehenden Tranchen von 5 Prozent durch solche von 2,5 Punkten ersetzt, bevor dann durch eine weitere, von den Gewerkschaften zunächst hart bekämpfte grundlegende Reform im Jahre 1972 die heutzutage bekannten Tranchen von 2,5 Prozent eingeführt wurden. Darüber hinaus kam die Regierung einer langjährigen gewerkschaftlichen Forderung nach der Einführung einer schon länger nicht mehr bestehenden sogenannten „Vorindextranche“ nach.

Einen letzten historischen Augenblick im „Leben“ des nach wie vor bestehenden Index stellt ohne den geringsten Zweifel das Gesetz vom 27. Mai 1975 dar. Seit seiner Verabschiedung durch das Parlament wurden und werden alle Gehälter, wenn auch nachträglich, so doch zumindest teilweise, automatisch an die Preisentwicklung, die Inflation also, angepasst, dies sowohl im Privatsektor als auch im öffentlichen Bereich. Dies war

Die CGFP spricht sich erneut klar und deutlich gegen einen „gedeckelten Index“ aus, den selbst Fachleute aus rein mathematischer Sicht als „völlig unmöglich“ erachten



keine Selbstverständlichkeit und kam nur durch unermüdlichen, gewerkschaftlichen Einsatz zustande.

Dieser altbewährte Mechanismus stellt zwar keine wirkliche Erhöhung der Real-löhne dar. Und dennoch ist er ein nachträglich vorgenommener, teilweise durchgeführter Ausgleich für den durch die Inflation bis dahin entstandenen Kaufkraftverlust, für viele Arbeitnehmer ganz oft der einzige Lohnzuwachs überhaupt. Fälschlicherweise wird diese Anpassung nur allzu oft als alleiniger Kostenfaktor angesehen, vergessen wird jedoch, bewusst oder unbewusst, dass sie auch und vor allem ein Garant des sozialen Friedens und somit auch ein nicht zu unterschätzender Vorteil für den Wirtschaftsstandort Luxemburg darstellt.

Durch das am 26. Januar 2012 im Parlament von fast allen Volksvertretern gestimmte Index-Gesetz erfolgt die Anpassung nicht mehr automatisch. Einzige Nutznießer dieser Maßnahme sind die Patronatsvertreter, einseitige Verlierer die Lohnabhängigen in allen Bereichen. Dieses Gesetz hat ganz klare, negative Auswirkungen auf die Kaufkraft und das Kaufverhalten aller Arbeitnehmer.

Vieles deutet darauf hin, dass der Index und seine stufenweise Abschaffung eines

der Wahlkampfthemen zu werden scheint und deshalb spricht sich die CGFP, genauso wie in der Vergangenheit, erneut klar und deutlich gegen eine maximale Indextranche, einen „gedeckelten Index“ aus, die alles andere als sozial ist, werden hier doch, wie bei den bereits beschlossenen Sparmaßnahmen der Regierung, vornehmlich die Gehaltsempfänger aus den Mittelschichten erneut zur Kasse gebeten. Wenn nun selbst Fachleute das Wort ergreifen und die Umsetzung einer maximalen Indextranche aus rein mathematischer Sicht als „völlig unmöglich“ halten, zeigt das, wie unüberlegt solch fragwürdige Ideen auf einmal zur Diskussion gestellt werden.

Ihre Einführung wäre eine weitere, tiefgreifende, und vielleicht alles entscheidende Etappe auf dem Weg zu einer kompletten Abschaffung des Index-Mechanismus, wie wir ihn heute kennen.

Falls notwendig, dann wird sich die CGFP mit aller Entschlossenheit gegen eine Aus-höhlung bis zur Unkenntlichkeit dieser über Jahrzehnte gewerkschaftlich hart erkämpften sozialen Errungenschaft zur Wehr setzen!

Romain Wolff,
CGFP-Generalsekretär

**fonction
publique** compact
Organe de la Confédération Générale
de la Fonction Publique **CGFP**

Éditeur: **CGFP**
488, route de Longwy, L-1940 Luxembourg
Tél.: 26 48 27 27 – Fax: 26 48 29 29
E-mail: cgfp@cgfp.lu
Rédaction: Tél.: 26 48 27 27-30
Impression: Saint-Paul Luxembourg s.a.

La reproduction d'articles, même par extraits, n'est autorisée qu'en cas d'indication de la source.
Les articles signés ne reflètent pas nécessairement l'avis de la CGFP.

Luxemburgs Zukunft in der Hand der Lobbyisten?

Die angeblich neutrale Initiative „2030.lu“ versucht bekanntlich, den politischen Entscheidungsträgern das Nachdenken über die Zukunft des Landes abzunehmen. Besser gesagt: Sie will zeigen, wo's lang gehen soll, weil sich unsere Politiker darüber angeblich keine Gedanken machen. Ihre jüngste Meinungsumfrage haben sich die selbsternannten Vordenker von der Handelskammer bezahlen lassen, so wie ja auch der aufwendige Internetauftritt von interessierter Seite gesponsert ist. Und wer die Fragen formuliert, kann auch dafür sorgen, dass die Antworten in die richtige Richtung weisen.

Somit ist die „Datz“, die dabei für unsere politische Oberschicht herauskam, eindeutig suspekt. Offensichtlich wird die Regierung dafür getadelt, weil sie nicht bereit ist, in jeder Hinsicht dem Patronat „aus der Hand zu fressen“. Wenn wir dies hier anmerken, so gewiss nicht, um uns zu Verteidigern aller Politiker aufzuschwingen. Aber es gilt klarzustellen, dass die Vorwürfe stark ideologisch gefärbt sind. Wobei uns fern liegt anzudeuten, die Publikumsbefragter könnten sich verrechnet haben, oder die festgehaltenen Meinungen würden offensichtlich nicht dem entsprechen, was das Volk denkt.

Es ist aber doch eine mehr als berechtigte Frage, ob man an der richtigen Adresse ist, wenn man eine Melanie Meyer und einen Kevin Schroeder über die Strukturen unserer Sozialversicherungen, über die Solidität unserer Staatsfinanzen oder über die Hürden bei der Gründung eines Unternehmens befragt. Wenn es aber um die politische Ausrichtung der Haushaltspolitik geht, so ist das Ergebnis der Volksbefragung einfach schon deswegen vorgegeben, weil man seit Jahr und Tag das Publikum diesbezüglich per Medienkampagne einer regelrechten Gehirnwäsche unterworfen hat.

Ja, das Publikum glaubt mehrheitlich, die Staatsfinanzen seien schlecht. Nein, diese sind es aber keineswegs. Wie die wirtschaftliche und finanzielle Lage des Landes sein soll, dies erfährt das Volk nur über die Medien, die unter dem massiven Einfluss von der Propaganda der Lobbyisten stehen. Und dabei gehen die Manipulatoren immer aggressiver und ungenierter zu Werk. In letzter Zeit bemüht man auch noch teure ausländische Forschungsinstitute, die vorgeblich hoch angesehen sind, in Wirklichkeit aber nach dem alten Motto leben: *Wessen Brot ich ess', dessen Lied ich pfeif*.

Das Gute an der Demokratie ist, dass die Unternehmen kein eigenes Stimmrecht besitzen, und dass auch die mächtigen Industriekapitäne nicht mehr Stimmen zu vergeben haben als ihre Beschäftigten und Untertanen. Das Schlechte an der Demokratie aber ist, dass die Bosse quasi unbegrenzte Geld-

mittel haben, nein, nicht, um die öffentliche Meinung ein wenig zu beeinflussen, sondern vielmehr, um diese regelrecht zu bestimmen. Und wenn sie Anstrengungen in diese Richtung auf Kosten ihrer Firmen unternehmen, so sind diese Ausgaben dafür auch noch steuerlich anrechenbar.

Erst liefert unsere Handelskammer dem World Economic Forum die erforderlichen Zahlen und Angaben über Luxemburg, dann benutzt sie das daraus gebastelte, mehr als diskutabile Ranking innenpolitisch, um in allen Medien einen Wettbewerbsverlust Luxemburgs zu „beweisen“, ihr Hauptargument für den geforderten Sozialabbau. Und den Manipulatoren schenkt die Presse größte Aufmerksamkeit, weil ihre Darlegungen so hoch professionell aussehen.

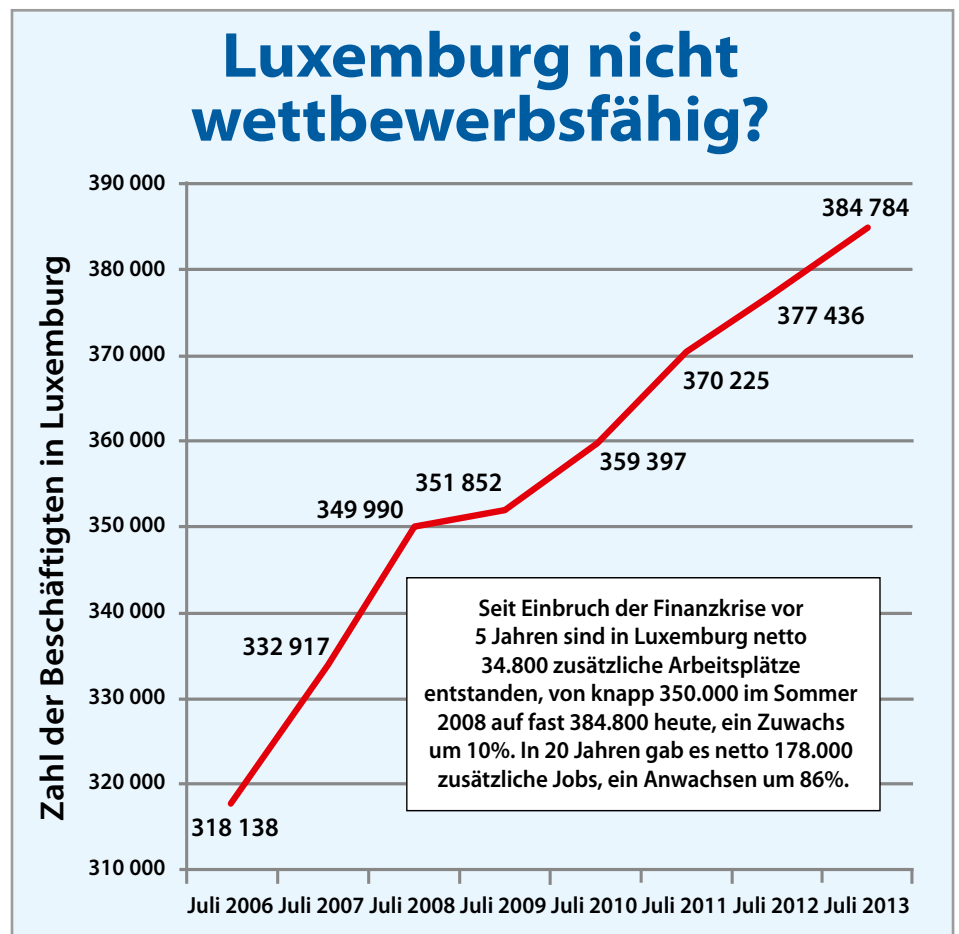
Wieso werden die angeblich verlotterten Luxemburger Staatsfinanzen von den Rating-Agenturen insgesamt besser benotet als jene Deutschlands? Warum bleibt die Leistungsbilanz des angeblich nicht wettbewerbsfähigen Luxemburg weiterhin extrem überschüssig und sogar relativ stärker als jene Deutschlands? Und wenn sich, wie immer wieder behauptet, die Rahmenbedingungen für unsere Unternehmen dauernd verschlechtern, warum konnte sich dann die Zahl der Arbeitsplätze in Luxemburg in den letzten 25 Jahren verdoppeln? Und wieso konnten,

über die fünf letzten Rezessions- und Stagnationsjahre hinweg, jährlich im Schnitt 7.000 zusätzliche Jobs geschaffen werden?

Nun liegen die Steuereinnahmen der ersten 7 Monate dieses Jahres um 7% höher als jene im gleichen Vorjahreszeitraum. Der Finanzminister kann darauf verweisen, dass man punktgenau bei seiner Prognose gelandet ist. Mit einem positiven Wachstum, trotz konjunkturbedingter Schwächen in einigen Bereichen. Als er letztes Jahr seine diesbezüglichen Prognosen vorlegte, bezog er mächtig Prügel, im Parlament fraktionsübergreifend, vom Heer der Journalisten und natürlich von den großen Pressekonferenz-Organisatoren aus dem Patronat.

Diese lautstarken Irrlehrer sollten betreten schweigen, statt dem Land weiter zu verkünden, warum das schaffende Volk Wasser trinken und Blut schwitzen soll.

Wir brauchen keinen extremen Sparkurs und keine Steueranhebungen, keine Gehaltskürzungen, keinen Lohnstopp und keine Indexdeckelung. Wir brauchen vielmehr öffentliche Investitionen, um das längerfristige und strukturelle Wachstum und den Wohlstand der künftigen Generationen abzusichern, und wir brauchen sozialen Fortschritt im Interesse der konjunkturellen Erholung, weil wir ohne eine deutliche Wirtschaftsbelebung die Arbeitslosigkeit nicht meistern können. **Q.**



Abrechnung mit den Spar-Aposteln

Nach der argen Rezession von 2009 erlebten wir 2012/2013 bereits erneut eine Stagnation, die zumindest hierzulande teilweise hausgemacht war. Schuld daran tragen nämlich die vielen Miesmacher der veröffentlichten Meinung, die beim Werben um eine drastische Austeritätspolitik die Lage Luxemburgs dramatisierten und dabei das breite Publikum stark verunsichert haben.

Unter der dadurch verminderten Kaufbereitschaft leiden nicht nur Handel und Handwerk, sondern auch der enttäuschende Arbeitsmarkt. Die Berufspessimisten haben hier schwere Schuld auf sich geladen, soviel steht fest. Bei den Staatsfinanzen blieb das prophezeite Riesen-desaster aber aus. 2012 stiegen die Staatseinnahmen um über 400 Millionen Euro oder 4% an, in den ersten 7 Monaten des laufenden Jahres dann erneut um über 500 Millionen oder 7%.

Nur einen Teil der üblen Propaganda verdanken wir den egoistischen Lobbyisten, die ständigt Agitation im wirtschaftlichen Interesse ihrer Klienten betreiben. Das größere Übel kommt von den medialen und politischen Mitläufern, denen es entweder nur um Einschaltquoten und Auflagenhöhen geht oder die stets nach einer Gelegenheit gieren, sich per Medien ihren potentiellen Wählern in Erinnerung zu rufen.

Aber auch diese Zeitgenossen haben sich in einer ernsthaften Angelegenheit eindeutig geirrt und sie haben falsche, schädliche Lösungen propagiert. Gewiss spricht nun keiner davon, einfach weil ja fast alle Medien und Parlamentsfraktionen dem gleichen Irrtum aufgesessen sind. Hätte aber die Regierung auf die parlamentarischen Ultras in Mehrheit und Opposition gehört, so wäre noch größerer Schaden entstanden.

Nur die Gewerkschaftler lagen richtig und haben Schlimmeres verhindert. Gestern stellte man sie als unverantwortlich hin; heute aber sagt keiner, dass sie – und nur sie allein – Recht hatten.

Viele brachten sich selbst in staatsmännischer Pose ins Rampenlicht, indem sie von der Regierung drastische Sparmaßnahmen wie Lohnstopp, Gehaltskürzungen und Indexmanipulierungen forderten, die allesamt strukturell nicht erforderlich und konjunkturell unverantwortlich waren. Auch denjenigen unter ihnen, die dabei in gutem Glauben handelten, muss man ein desolates politisches Urteilsvermögen bescheinigen. Und sie dafür abstrafen, statt ihnen Vertrauen zu schenken!

P.

Bestnote AAA für Luxemburgs Staatsfinanzen bei allen Rating-Agenturen. Sogar Deutschland und die Niederlande können nicht mithalten.

	Standard & Poors	Fitch	Moody's	Dagong
<u>Luxemburg</u>	AAA	AAA	Aaa	AAA
Schweiz	AAA	AAA	Aaa	AAA
Norwegen	AAA	AAA	Aaa	AAA
Finnland	AAA	AAA	Aaa	AAA
Singapur	AAA	AAA	Aaa	AAA
<u>Deutschland</u>	AAA	AAA	Aaa	AA+
<u>Niederlande</u>	AAA	AAA	Aaa	AA+
Schweden	AAA	AAA	Aaa	AA+
Dänemark	AAA	AAA	Aaa	AA+
Australien	AAA	AAA	Aaa	AA+
Kanada	AAA	AAA	Aaa	AA+
Österreich	AA+	AAA	Aaa	AA+
USA	AA+	AAA	Aaa	A
Hong Kong	AAA	AA+	Aa1	AAA
<u>Belgien</u>	AAA	AA	Aa3	A+
Großbritannien	AAA	AA+	Aa1	A+
<u>Frankreich</u>	AA+	AA+	Aa1	A+
Spanien	BBB	BBB	Baa3	A
Irland	BBB+	BBB-	Ba1	BBB
Italien	BBB	BBB+	Baa2	BBB
Island	BBB+	BBB-	Baa3	BB-
Griechenland	B-	B-	C	CC

GRATIS!



CGFP - Website

www.cgfp.lu

Abonnieren Sie jetzt die CGFP-Newsletter

Immer topaktuell unter www.cgfp.lu





Minimisons les risques

Mir maachen lech méi sécher.
Votre sécurité nous tient à cœur.
baloise.lu



16, rue Érasme
L-1468 Luxembourg
tél.: +352 27 04 28 01
info@cgfp-assurances.lu

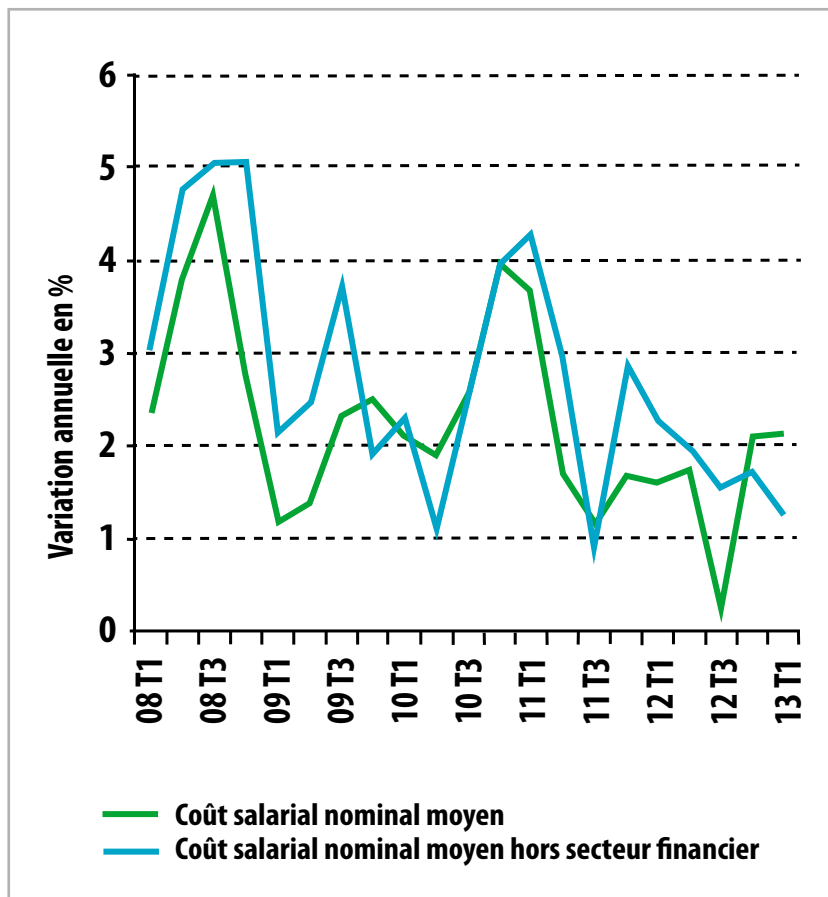
Perte persistante du pouvoir d'achat

Le coût salarial moyen de chaque personne s'obtient en divisant le coût salarial global par le nombre de salariés. Au premier trimestre 2013, le coût salarial moyen au Luxembourg connaît une hausse de 2,1% sur un an, comme au trimestre précédent. Selon le STATEC, l'évolution de cet indicateur varie toutefois selon les différentes branches économiques: augmentation dans les services, mais baisse dans l'agriculture, l'industrie et la construction, notamment à cause des conditions météorologiques moroses au début de l'année, combinées à une baisse importante de la durée de travail (-1,9% sur un an).

Coût salarial dopé par les licenciements

Le coût salarial moyen du secteur financier note une hausse particulièrement importante, de 6% sur un an, principalement en raison du paiement exceptionnel de primes de licenciements dans cette branche! Hors secteur financier, les salaires n'ont augmenté que de 1,2% au premier trimestre 2013, traduisant la tendance au ralentissement ainsi que la perte de pouvoir d'achat salarial (l'inflation atteignant 2,1% sur un an). L'évolution des salaires reste donc toujours très faible et n'arrive pas à compenser la perte du pouvoir d'achat liée à la hausse des prix.

Selon les dernières estimations de la BCL, le coût salarial moyen a progressé de 1,8% au quatrième trimestre 2012, en glissement annuel (après 0,4% le trimestre précédent et 1,8% au cours de la même période de l'année précédente). Une décomposition détaillée a révélé que la progression annuelle de la rémunération par tête fin 2012 est entièrement imputable à la contribution de l'indexation des salaires aux prix (2,5%). **polz**



DKV
Luxembourg

Gut geschützt.
Ein Leben lang.

www.medienfabrik.lu

Tag für Tag. Beim Original!

Seit mehr als 30 Jahren sind wir die erfolgreichste private Krankenversicherung in Luxembourg.
Unsere maßgeschneiderten Produkte bieten für jede Lebenssituation den optimalen Versicherungsschutz.
Unsere Kunden schätzen uns als erfahrenen Spezialisten. Vertrauen auch Sie zukünftig auf uns!

Telefon 42 64 64-755 • www.dkv.lu • cgfp@dkv.lu

DKV – Voilà, de richtige Choix!

a member of **MUNICH HEALTH**



Sparen mit Spielraum

Die flexible Art, für Kinder vorzusorgen

Kinder haben Ansprüche. Und auch diese wachsen. Damit Sie die kleinen und großen Wünsche finanzieren können, sprechen Sie mit einem BHW Berater drüber. Oder rufen Sie die CGFP Hotline an: 473651

Die CGFP ist der BHW Bausparpartner im Großherzogtum Luxemburg für den öffentlichen Dienst.



BHW Bausparkasse Niederlassung Luxemburg
16, rue Erasme, L-1468 Luxembourg Kirchberg, www.bhw.lu